



## **Politische Gemeinde Oberdorf**

---

**Kommunale Volksabstimmung  
vom Sonntag, 5. Juni 2016**

**Abstimmungsbotschaft**

**Antrag zur Zusammenlegung der Politischen  
Gemeinde und der Schulgemeinde Oberdorf**

(Grundsatzentscheid zur Schaffung einer Einheitsgemeinde)



## Abstimmungsanordnung

Der Gemeinderat der Politischen Gemeinde Oberdorf, gestützt auf Art. 83 der Kantonsverfassung (NG 111) und Art. 74 Abs. 2 des Gemeindegesetzes (NG 171.1), in Ausführung der § 13 und 14 der Vollzugsverordnung über Urnenabstimmungen in kommunalen Angelegenheiten (NG 133.12) vom 1. Dezember 2009 sowie gestützt auf Art. 5 der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Oberdorf, beschliesst:

- I. Der Urnenabstimmung wird folgendes Begehren unterstellt:

**Antrag von vier Vorstandsmitgliedern der FDP Oberdorf zur Zusammenführung der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinde Oberdorf (Grundsatzentscheid zur Schaffung einer Einheitsgemeinde).**

- II. Die Urnenabstimmung findet getrennt von der Gemeindeversammlung statt. Das Verfahren richtet sich nach der Vollzugsverordnung über Urnenabstimmungen in kommunalen Angelegenheiten (NG 133.12) vom 1. Dezember 2009.
- III. Abstimmungstag: **Sonntag, 5. Juni 2016.**  
Abstimmungszeit: 09:30 bis 11:00 Uhr.  
Abstimmungsort: Gemeindehaus, Schulhausstrasse 19.
- IV. Wer brieflich abstimmen will, befolgt für die Stimmabgabe die Anleitung, wie sie auf dem Stimmrechtsausweis abgedruckt ist. Das Zustell- und Antwortkuvert kann frankiert einer Poststelle übergeben, bei der Gemeindeverwaltung abgegeben, in den Briefkasten der Gemeindeverwaltung eingeworfen oder durch eine Vertretung dem Abstimmungsbüro übergeben werden. Die briefliche Abstimmung ist bis zum Schluss des Urnenganges möglich. Nach Schliessung der Urne eingehende Stimmzettel werden nicht mehr berücksichtigt.
- V. Das Stimmmaterial wird den Stimmberechtigten per Post zugestellt. Die Unterlagen liegen zudem bei der Gemeindeverwaltung zur Einsicht auf.
- IX. Das Abstimmungsergebnis wird unmittelbar nach Beendigung der Auszählung im öffentlichen Anschlagkasten beim Gemeindehaus veröffentlicht. Im Weiteren kann das Abstimmungsergebnis auf [www.oberdorf-nw.ch](http://www.oberdorf-nw.ch) eingesehen werden. Die Publikation erfolgt zudem im Amtsblatt vom 8. Juni 2016.

### Gemeinderat Oberdorf

Die Gemeindepräsidentin  
*Judith Odermatt-Fallegger*

Die Gemeindeschreiberin  
*Andrea Somaini*

## Erläuterungen der Antragssteller

Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Am 2. Dezember 2015 haben Stefan Bosshard, Kornel Berwert, Daniel Mühlebach und Marion Trottman als Aktivbürger und Vorstandsmitglieder der FDP.Die Liberalen Oberdorf („FDP Oberdorf“) rechtsgültig den folgenden Antrag eingereicht:

---

***„Der Gemeinderat und der Schulrat werden beauftragt eine Vorlage auszuarbeiten, um die Schulgemeinde Oberdorf und die Politische Gemeinde Oberdorf zusammenzuführen (Schaffung einer Einheitsgemeinde). Die neue Gemeindeordnung der Einheitsgemeinde Oberdorf soll auf den Beginn der Amtsdauer 2018 - 2022 in Kraft treten.“***

---

## Begründung des Antrags

In sieben Nidwaldner Gemeinden wurde in den letzten Jahren die Einheitsgemeinde eingeführt (Hergiswil, Stans, Ennetmoos, Dallenwil, Ennetbürgen, Buochs und Beckenried). Die Erfahrungen in diesen Gemeinden haben gezeigt, dass die Organisationsform der Einheitsgemeinde funktioniert, und dass diese eine zukunftsgerichtete Organisation darstellt.

*Was hat die FDP Oberdorf dazu bewogen, nach dem Gemeindeversammlungsentscheid vom 20. November 2013 bereits wieder auf das Thema zurückzukommen?*

Die Vertreter der FDP Oberdorf waren bereits im November 2013 überzeugt, dass mittelfristig eine Einheitsgemeinde die vorteilhaftere Organisationsform für unsere Gemeinde ist. Während der sehr emotional und kontrovers geführten Debatte an der Gemeindeversammlung gingen die sachlichen Argumente, sowohl der Befürworter wie auch der Gegner, unter. Ausserdem fand im Vorfeld der Gemeindeversammlung keine sachliche Information der Bevölkerung über die Vor- und Nachteile einer Einheitsgemeinde statt. Diese vertiefte Diskussion wollen wir mit unserem Antrag ermöglichen und dank einer Urnenabstimmung einer breiteren Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Seit dem letzten Entscheid hat sich einiges verändert. Der Schulrat ist praktisch vollständig neu zusammengesetzt, im Gemeinderat sind ebenfalls neue Mitglieder im Amt und nicht zuletzt hat auch die Schulleitung gewechselt. Wir erachten den Zeitpunkt daher als ideal, sich zu überlegen, ob die aktuelle Organisationsform mit Schul- und Gemeinderat noch die optimale Organisationsform ist.

**1. Vereinfachung von Schnittstellen**

Die Arbeit der Politischen und der Schulgemeinde hat zahlreiche Schnittstellen. So zum Beispiel im Sozialwesen, in der Liegenschaftsbenutzung und –unterhalt, dem Finanzwe-

sen und bei den Steuern. Schnittstellen gibt es aber auch in Gebieten wie zum Beispiel der Unterstützung von Vereinen oder der Jugendarbeit. Im aktuellen System hängt die Zusammenarbeit zu 100% vom Willen der betroffenen Personen ab. Fehlt dieser Wille, ist die Zusammenarbeit praktisch verunmöglicht. In den letzten Jahren hat die Zusammenarbeit aus unserer Sicht zwar nicht schlecht funktioniert, es gab aber immer mal wieder Situationen, in denen sich die Räte gegenseitig blockierten.

In einer Einheitsgemeinde sind zwar immer noch Personen am Werk, die Strukturen und Prozesse helfen jedoch zu verhindern, dass sich zwei Räte gegenseitig blockieren.

**2. Effizienz und Kommunikation von Entscheidungen**

In der heutigen Organisation müssen jedes Jahr zahlreiche Entscheidungen zwischen zwei selbständigen Räten abgestimmt werden. Dabei kann es sich um strategische Entscheidungen wie Investitionspläne und Steuerpolitik, aber auch operative Entscheidungen, wie zum Beispiel Antworten auf Anfragen aus der Bevölkerung oder Beantwortungen von Vernehmlassungen zuhanden des Kantons handeln. In der Vergangenheit hat dies nicht immer reibungslos geklappt. Mit einer entsprechend zusammengesetzten Schulkommission, welche zusammen mit der Schulleitung die Bildung betreffende Geschäfte zuhanden des Gemeinderats vorbereiten, wird man in Zukunft solche Entscheide effizienter fällen und gesamtheitlich mit einer Stimme koordiniert kommunizieren können.

**3. Gleichbehandlung von Kommissionsarbeit**

Schul- und Politische Gemeinde haben es in der Vergangenheit nicht geschafft, Reglemente und Pflichtenhefte miteinander abzustimmen. So kommt es immer mal wieder vor, dass Kommissionsmitglieder für die gleiche Arbeit unterschiedlich entschädigt werden, je nachdem, ob sie im Auftrag des Schul- oder des Gemeinderates in Kommissionen mitarbeiteten.

**4. Die Schulkommission kann sich auf die Bildung konzentrieren**

Neben Themen der Schule und der Bildung hat der Schulrat heute zahlreiche weitere Themen, wie zum Beispiel Liegenschaftsunterhalt, Renovations- und Neubauprojekte oder Rechnungswesen zu bearbeiten. Wir sind der Ansicht, dass eine Schulkommission, die sich auf Bildungsfragen konzentrieren kann, sich positiv auf die weitere Schulentwicklung in Büren und Oberdorf auswirkt und damit unsere Schule gestärkt wird.

### *Spart man mit einer Einheitsgemeinde Geld?*

Diese Frage kann nicht eindeutig mit Ja oder Nein beantwortet werden. Aufgrund der Erfahrungen aus anderen Gemeinden kann man sagen, dass im Durchschnitt bei der Einheitsgemeinde ungefähr gleich viel Geld für die Bildung ausgegeben wurde wie vorher. Durch die vorgängig genannten Vorteile einer Einheitsgemeinde erhoffen wir uns aber, dass mit demselben Betrag eine grössere Wirkung erzielt werden kann.

*Argumente der Gegner einer Einheitsgemeinde: „Die Mitglieder einer Schulkommission sind unterfordert; Mit einer Einheitsgemeinde braucht es gar keine Schulkommission mehr – es wird schwierig sein, gute und motivierte Kommissionsmitglieder zu finden“.*

Die Frage, ob Schulleitung und Gemeinderat reichen und es keine Schulkommission mehr brauchen würde, stellt sich im Moment nicht. Das kantonale Volksschulgesetz sieht bei einer Einheitsgemeinde obligatorisch eine Schulkommission vor.

Inwiefern die Arbeit in einer Kommission erfüllend ist, hängt einerseits mit deren Aufgaben und Kompetenzen und andererseits mit den Erwartungen der Kommissionsmitglieder zusammen. Wir sind überzeugt, dass mit den Erfahrungen in Gemeinden, welche die Einheitsgemeinde bereits etwas länger haben, einer ausgewogenen Kommission nichts im Wege stehen wird. Dadurch wird es auch in Zukunft möglich sein, motivierte und qualifizierte Mitglieder einer Schulkommission zu finden.

### *Wie geht der Prozess weiter?*

Wenn unser Antrag angenommen wird, muss Schul- und Gemeinderat gemeinsam eine neue Gemeindeordnung im Sinne einer Einheitsgemeinde erstellen. Diese Gemeindeordnung wird an einer Gemeindeversammlung diskutiert und allenfalls angepasst. Über diese bereinigte Gemeindeordnung wird dann wiederum an der Urne abgestimmt. Erst bei einer Annahme an dieser zweiten Urnenabstimmung wird die Einheitsgemeinde effektiv umgesetzt.

Wir sind überzeugt, dass die Vorteile einer Einheitsgemeinde überwiegen und bitten Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

## **Stellungnahme des Schulrates Oberdorf**

Geschätzte Mitbürgerinnen, geschätzte Mitbürger

An der Herbstgemeindeversammlung 2013 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Oberdorf den Antrag zur Ausarbeitung einer Gemeindeordnung im Sinne einer Einheitsgemeinde klar abgelehnt. An der Ausgangslage hat sich seither nichts geändert, weshalb der Schulrat nach wie vor die Schaffung einer Einheitsgemeinde ablehnt.

Dass wir ein gut funktionierendes Schulsystem haben, ist auch der Bevölkerung zu verdanken. Die Schule mit einer eigenen Behörde ist stark in der Gemeinde verankert und trägt einiges zum gesellschaftlichen Wohl der Gemeinde bei. Der hohe Stellenwert der Schule kommt dann zum Ausdruck, wenn begründete Begehren von Ihnen kritisch hinterfragt, aber schliesslich bewilligt werden. Die Verankerung der Schule zeigt sich auch bei jährlichen Schulveranstaltungen, wie Zirkus- oder Theaterprojekten, bei denen der Aufmarsch derart gross ist, dass der Zuschauerraum bis auf den letzten Platz besetzt ist. Daran kann erkannt werden, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Wenn gewünscht, werden bei uns auch Aufgaben umgesetzt, welche nicht direkt bei der Schule angesiedelt sind, wie zum Beispiel mit der Realisierung der beiden Spielplätze in Büren und Oberdorf.

In allen Bereichen wird mit viel Elan und Einsatz hervorragende Arbeit geleistet. Die Zusammenarbeit der beiden Behörden funktioniert sehr gut und es werden bereits viele Synergien genutzt (Finanzen, Hauswart, Liegenschaften und vieles mehr).

Im Laufe der Zeit gibt es immer wieder Veränderungen. Im Schulbereich weisen wir hier insbesondere auf die bevorstehende Einführung des Lehrplans 21 und die Umsetzung der Wochenstundentafel 2017 hin, welche von allen Beteiligten grossen Einsatz und Flexibilität verlangen.

Ein Betrieb mit 60 Angestellten, 360 Kindern, welche diesen anvertraut sind, mehreren Liegenschaften und diversen Vernetzungen mit kantonalen Ämtern, rechtfertigen eine eigens dafür zuständige Behörde zur Genüge.

Nun stellt sich für die Gemeinde gleichzeitig wiederum die Frage, ob wir den Weg einer Einheitsgemeinde gehen wollen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Viele Beispiele zeigen, dass beide Systeme funktionieren. Wir müssen uns allerdings bewusst sein, dass es durch eine Zusammenlegung der beiden Körperschaften in eine Einheitsgemeinde nur einen Verlierer gibt – die Schule. Unter anderem geht dadurch die direkte Demokratie der Bildung verloren.

Braucht es wirklich eine Einheitsgemeinde, um die Arbeiten der Schule und der Politischen Gemeinde unter einen Hut zu bringen? Wir haben über Jahrzehnte bewiesen, dass es in Oberdorf sehr gut mit zwei eigenständigen Behörden funktioniert, welche sich der direkten Demokratie der Bevölkerung stellen – direkter geht nicht.

Ein Blick in die anderen Gemeinden mit Einheitsgemeinden im Kanton Nidwalden zeigt folgende Realität:

- Für pädagogische Anliegen braucht es keine Schulkommission zwischen Schulleitung und Gemeinderat, die Entscheidungswege sollten kurz und direkt sein. Die Entscheide sollen dort gefällt werden, wo auch die Konsequenzen zu tragen sind.
- Die Belastung der Gemeinderatsmitglieder nimmt Ausmasse an, die im Milizsystem nicht mehr tragbar sind. Das Beispiel Hergiswil zeigt, dass die Räte mit Ansätzen aus der Privatindustrie entschädigt werden müssen, damit überhaupt noch Mitglieder gefunden werden.

Wir vom Schulrat sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass eine Einheitsgemeinde für die Schule Oberdorf keinen Fortschritt bringt.

- Die Kosten werden steigen und es wird noch schwieriger, für den Gemeinderat gut qualifizierte Personen zu finden.
- Aber auch für die Schulkommission wird es fast unmöglich, Personen zu motivieren, weil sie kaum Entscheidungskompetenzen hat und nur noch Empfehlungen abgeben kann.
- Wollen wir ein über Jahre gewachsenes System, welches sich bewährt hat und in welchem die Bildung den angemessenen Stellenwert hat, aufgeben?

**Wir sind der festen Überzeugung – NEIN!**

Wie Sie sich auch entscheiden, geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger: Wir werden Ihren Willen umsetzen und uns auch in Zukunft für ein gutes Bildungswesen in der Gemeinde Oberdorf stark machen.

Wir danken für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen in unser gut funktionierendes Schulsystem.

**Schulrat Oberdorf**



## **Stellungnahme des Gemeinderates Oberdorf**

Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Der Gemeinderat sieht im Wesentlichen folgende Vorteile einer Einheitsgemeinde gegenüber der heutigen Organisation mit je einer separaten Politischen Gemeinde und einer Schulgemeinde:

### **1. Transparenz**

Die Gemeinde Oberdorf präsentiert sich gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern übersichtlich und transparent, indem alle kommunalen Themen und Aufgaben von der Planung bis zur Ausführung vernetzt und in einer Hand zusammengefasst sind. Es entsteht eine ganzheitliche und in sich abgestimmte Gesamtpolitik.

### **2. Organisation**

Eine gute einheitliche Organisation führt zur verbesserten Nutzung von Ressourcen und trägt dazu bei, dass die Mittel für die öffentlichen Investitionen haushälterisch investiert werden. Die Behörden- und Verwaltungsorganisation wird effizienter und vereinfacht, indem die Gesamtplanung von Anfang an durch ein einziges Gremium koordiniert und aufeinander abgestimmt werden kann. Die Ratsmitglieder sind über alle wichtigen Kernaufgaben der Gemeinde direkt und besser informiert. Sie erkennen sachgebietübergreifende Zusammenhänge und Synergien schneller und ohne Reibungsverluste.

Der Informationsfluss zwischen Behörden und Verwaltung kann optimiert und die Arbeit wirkungsvoll und bürgerorientiert wahrgenommen werden.

### **3. Professionalität**

Die Behörden- und Kommissionstätigkeit bleibt für alle Bereiche eine anspruchsvolle und interessante Aufgabe. Sie bietet die Chance, auf das geänderte Bildungs- und Schulsystem zu reagieren. Die neue Schulkommission würde in pädagogischen und personellen Angelegenheiten autonom bleiben.

Die Professionalität wird durch Koordination und gleichzeitige Konzentration auf die verschiedenen Kernkompetenzen gestärkt. Die neue Schulkommission würde von nicht-schulischen Aufgaben entlastet und kann sich auf ihren Auftrag „Bildung“ konzentrieren. Strategisch und operativ werden klar getrennt. Durch die deutliche Trennung sollte kein umfangreicher Mehraufwand entstehen.

Die Erfahrung zeigt, dass sich interessierte und kompetente Bürger öfters für eine Mitarbeit in einer Kommission finden lassen, als eine Mitarbeit in einer Behörde.

### **4. Synergien**

Heute bekannte, noch ungenügend realisierte Synergiemöglichkeiten werden in neuen Prozessen automatisch genutzt und müssen nicht mehr „ausgehandelt“ werden. Heute befassen sich die Politische Gemeinde wie auch die Schulgemeinde mit den gleichen Themen (Beispiele: Strategie, Infrastrukturplanung, Finanzplan/Budget/Jahresrechnung, Steuerfuss, Finanzmittelbewirtschaftung, Liegenschaftenbetrieb und -unterhalt, Organisation und Durchführung von Abstimmungen und Wahlen sowie Gemeindeversammlungen, Vernehmlassungen, Zusammenarbeit mit dem Kanton, öffentliche Information, Soziales und Gesundheit sowie Jugend- und Familienpolitik).

## **Fazit**

Mit der Bildung einer Einheitsgemeinde würde Oberdorf kein Neuland betreten. Die Gemeinden unserer Nachbarkantone Luzern, Obwalden, Uri und Schwyz sind bereits als Einheitsgemeinden organisiert. In Nidwalden wurde die Einführung der Einheitsgemeinde in den Gemeinden Ennetbürgen, Ennetmoos, Hergiswil, Stans, Dallenwil, Buochs und Beckenried bereits beschlossen und umgesetzt. Zur Optimierung der Zusammenarbeit sollte im Kanton eine möglichst einheitliche Basis geschaffen werden.

Ob und in wie weit die Zusammenführung der Schulgemeinde mit der Politischen Gemeinde auch zu Kosteneinsparungen führt, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht aufgezeigt werden. Man kann davon ausgehen, dass durch die Synergienutzung und Effizienzsteigerung die Kosten mittel- bis langfristig sinken werden.

Oberdorf kann von den Erfahrungen der Nachbargemeinden profitieren. Es ist dem Gemeinderat bewusst, dass für einen Zusammenschluss eine sorgfältige Vorbereitung in Zusammenarbeit mit dem Schulrat wichtig ist.

Weiteres Vorgehen bei Annahme des Grundsatzentscheides:

- Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Schulrat
- Analyse und Ausarbeitung der neuen Gemeindeordnung
- Vorlage der Gemeindeordnung an der Gemeindeversammlung zur Bereinigung
- Verabschiedung der bereinigten Gemeindeordnung an der Urne
- Einführung der Einheitsgemeinde

## **Der Gemeinderat stimmt „JA“ für eine Einheitsgemeinde!**

Der Gemeinderat befürwortet die Schaffung einer Einheitsgemeinde in Oberdorf, weil die Vorteile überzeugen. Mit der Annahme des vorliegenden Antrags erhalten der Gemeinderat und der Schulrat den Auftrag, gemeinsam eine Gemeindeordnung für die Einheitsgemeinde vorzubereiten. Der Gemeinderat wird in diesem Prozess mit dem Schulrat konstruktiv und lösungsorientiert mitarbeiten und ist davon überzeugt, dass in allen Punkten allseits akzeptable Konsenslösungen möglich sind. Die Einheitsgemeinde wird der Gemeinde Oberdorf eine moderne, effiziente und transparente Behörden- und Verwaltungsorganisation mit einer gestärkten Schulleitung mit Kernkompetenz in Pädagogik und Bildung bringen.

**Gemeinderat Oberdorf**



